

**„Ausgleich zwischen Arm und Reich“**  
**Fastenpredigt zu Eph 5,1-8**  
**Reminiszere, Lätare, Judika, 21.2. / 6.3. / 13.3. 2016**  
**Kath. Kirchen in Mühlbach, Kreuzberg, Leutershausen**

Liebe Gemeinde!

Als Predigttext für diesen Sonntag wähle ich den zum Fasten- oder Passionssonntag Okuli gehörenden. Der Sonntag Okuli lehnt sich an Ps 25,15 an: *Meine Augen sehen stets auf den Herrn*. Wenn unsere Augen auf Gott unseren Herr sehen, dann sehen sie das Wesentliche unseres Lebens. Man könnte also den Sonntag Okuli als den Sonntag für das Wesentliche bezeichnen.

Um etwas ganz Wesentliches geht es auch in dem Predigttext für den Sonntag Okuli. Ich lese aus dem Epheserbrief im 5. Kapitel: *1 So folgt nun Gottes Beispiel als die geliebten Kinder 2 und lebt in der Liebe, wie auch Christus uns geliebt hat und hat sich selbst für uns gegeben als Gabe und Opfer, Gott zu einem lieblichen Geruch. 3 Von Unzucht aber und jeder Art Unreinheit oder Habsucht soll bei euch nicht einmal die Rede sein, wie es sich für die Heiligen gehört.*

Gottes Beispiel folgen. Das kann nur bedeuten, ebenso barmherzig zu sein wie Gott barmherzig ist. Dieses Barmherzigkeit Gottes hat einen Namen: Jesus. Und wir sollen nach dem Wunsch des Epheserbriefes in der Liebe leben, mit der Jesus uns zugetan ist. Eine solche Lebensphilosophie nach der Barmherzigkeit Gottes kennt dann auch nicht mehr Unarten wie Unzucht oder auch Habgier.

Seid barmherzig, wie auch Gott barmherzig ist zu uns. So lautet die Kernbotschaft dieses Abschnitts aus dem Epheserbrief.

Seid barmherzig. „Die Barmherzigkeit soll wieder neu in das Bewusstsein der Gläubigen gerückt werden.“ Vor diesem Hintergrund hat Papst Franziskus das Heilige Jahr der Barmherzigkeit ausgerufen. Er knüpft damit an eine Tradition des Alten Testaments an: das Jubeljahr.<sup>1</sup>

Das Jubeljahr hat seinen Namen vom hebräischen Wort für den Widder *jôbel*. Denn alle 50 Jahre wurde das Jubeljahr mit dem Widderhornblasen eröffnet. Im Jubeljahr sollen die Israeliten auf Säen und Ernten verzichten. Verarmte Israeliten sollen aus einer eventuellen Schuldknechtschaft unentgeltlich frei werden. Und in Notlagen verkaufte Grundstücke sind an den früheren Besitzer zurückzugeben. Die Begründung dafür lautet: Da die Israeliten von Gott aus dem Land Ägypten herausgeführt wurden, dürfen sie nicht für immer als Sklaven verkauft werden. Und da das Land letztlich Gottes Land ist, dürfen Grund und Boden nicht unwiderruflich verkauft werden.<sup>2</sup> Im Grunde fordert das Jubeljahr aus Gründen der Barmherzigkeit alle fünfzig Jahre eine große Umverteilung der Besitztümer. Seid barmherzig, wie auch Gott barmherzig ist.

Was sagen wir hierzu? Wie gefällt uns dieser Gedanke?

„62 Menschen gehört zusammen genauso viel wie der gesamten ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung.“ So meldete es Ende Januar der Radiowecker unter Berufung auf eine neue Studie der Hilfsorganisation Oxfam. „Und jetzt zum Wetter.“ Aber die Zahl lässt einen nicht mehr los. 62 Supersuperreiche auf der einen Seite, die zusammen genauso viel haben wie 3,7 Milliarden Menschen auf der anderen Seite. Sollte die Zahl auch nur ansatzweise stimmen, so müsste ein Aufschrei durch unser Land gehen, ja über die ganze Welt. Aber dieser lässt auf sich warten.<sup>3</sup>

Seit Jahren ist es bekannt: der Reichtum auch in unserem Land ist ungleich verteilt. Ein kleiner Teil der Menschen besitzt sehr viel mehr als die große Masse. Deswegen muss man nicht Neidgefühle entwickeln. Man muss sich vielmehr Sorgen machen. Denn eine ungleiche Reichtumsverteilung — und das sagen nicht irgendwelche Kommunisten — ist nicht gut für unsere Gesellschaft und auch nicht gut für unsere Wirtschaft. Es ist im Grund wie beim Monopoly-Spielen. Wenn einer am Spieltisch die Parkstraße und die Schlossallee bestückt mit Hotels besitzt und die anderen solange Schulden machen müssen bis auch die Bank nichts mehr hat, ist das Spiel zu Ende. Nicht viel anders ist es auch in der Wirklichkeit, nur gehen hier die Entwicklungen ein wenig langsamer und daher nicht so deutlich sichtbar.

Um die Verteilung des Vermögens in einem Land darzustellen, gibt es den Gini-Koeffizient, benannt nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini. Ein Wert von 0 würde bedeuten, alle haben das gleiche Vermögen. 100 würde bedeuten, einer einzelnen Person gehört alles, während alle anderen nichts haben.<sup>4</sup> Der Gini-Koeffizient liegt in Deutschland bei 73 Punkten.<sup>5</sup> Indien hat einen Gini-Koeffizient von 65. In den USA liegt dieser Faktor bei über 80 Punkten. Über den extremen Präsidentschaftswahlkampf in den USA mit dem ungestümen Aufbegehren gegen „die da oben“ muss man sich also nicht wundern.<sup>6</sup>

Der Internationale Währungsfond, auch keine kommunistischen Ideologien nahestehende Institution, hat kürzlich betont: „Zu viel Einkommensungleichheit schadet demnach der Wirtschaftsentwicklung, der Kuchen wird also für alle kleiner.“ Nun kann man darüber philosophieren, ob es gerechtfertigt ist, „dass mancher Manager heute das Hundertfache jener Krankenschwester verdient, die nach einem Unfall über sein Leben wacht.“ Das Problem ist aber weniger „die Einkommensungleichheit zwischen Chefarzt und Krankenschwester, Konzernchef und Sekretärin, Banker und Bauarbeiter. Das Problem ist die Vermögensungleichheit. So gewaltig das Gehaltsgefälle auch erscheint, so läppisch nämlich ist es im Vergleich zur Vermögensverteilung. Das mittlere Vermögen eines deutschen Haushalts beträgt gut 50.000 Euro, wer dauerhaft zur Miete wohnt, kommt gar nur auf 2000. Das reichste Tausendstel der Haushalte hat dagegen im Schnitt 35 Millionen Euro zur Verfügung – 17500-mal so viel.“<sup>7</sup>

Vorschläge hier gegenzusteuern gibt es genug: zum Beispiel die Einführung einer alleinigen Vermögenssteuer anstatt der Einkommenssteuer.<sup>8</sup> Aber darum kann es heute nicht gehen. Der Punkt ist, dass wir sensible für dieses Problem werden müssen und es nicht weiter verdrängen dürfen. Es ist ein wenig wie mit der Umweltschutzdebatte der 80er Jahre. Damals stritt man sich über Umweltschutz contra Wirtschaftskraft. Heute ist jedem vernünftigen Menschen sonnenklar, dass es das eine nur mit dem anderen geben kann.

Seid barmherzig, wie auch Gott barmherzig ist zu uns. Wir Christenmenschen müssen heutzutage mehr für Barmherzigkeit einstehen — auch und vor allem wenn es ums Geld in unserem Land geht. Denn das Geld in unserem Land wird gebraucht. Nicht damit es in Luxusboutiquen in der Schweiz ausgegeben wird, sondern für die Flüchtlinge in Europa. Ob diese Menschen hier integriert werden sollen oder ob ihnen in ihren Heimatländern geholfen werden sollte, es kostet Geld. Und zwar gut investiertes Geld. Denn die Menschen die jetzt zu uns kommen, werden wir in gut zehn Jahren wegen der weiter zurückgehenden Bevölkerung dringend brauchen. Polen und Ungarn werden uns dann beneiden. Aber jetzt muss erst einmal Geld in ihre Integration investiert werden.

Seid barmherzig, wie auch Gott barmherzig ist zu uns. Das gilt nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die Einheimischen, die längst abgehängt sind: sogenannte Hartz IV-Familien in zweiter und dritter Generation. Es kann und darf nicht sein, dass der Bildungserfolg eines Kindes in Deutschland immer noch von seiner Herkunft abhängt. Wir benötigen ein Schulsystem, das das nachhaltig verhindert. Und auch das kostet Geld. Aber auch dieses ist mehr als gut investiertes Geld.

*So folgt nun Gottes Beispiel als die geliebten Kinder und lebt in der Liebe, wie auch Christus uns geliebt hat und hat sich selbst für uns gegeben als Gabe und Opfer, Gott zu einem lieblichen Geruch. Von Unzucht aber und jeder Art Unreinheit oder Habsucht soll bei euch nicht einmal die Rede sein, wie es sich für die Heiligen gehört.*

Habsucht ist längst kein privates Problem mehr, sondern eine gesamtgesellschaftliche Fehlstellung, die korrigiert werden muss. Unreinheit und Unzucht sind mehr also persönliche Verfehlungen; es sind vielmehr Auswüchse einer neuen Armutsschicht, aus der die darin gefangenen Menschen sich nicht aus eigenen Kräften befreien können. Sie brauchen dringend Barmherzigkeit. Unsere ganze Gesellschaft braucht mehr Barmherzigkeit.

Möge uns diese Fastenzeit die Augen dafür öffnen, was wesentlich ist. Für das, was jetzt ansteht, was jetzt zu tun ist. Seid barmherzig, wie auch Gott barmherzig ist zu uns.

#### Anmerkungen:

- 1) <http://www.dbk.de/heiliges-jahr/die-initiative/> [aufgerufen am 15.2.2016]. Laut katholischer Bischofskonferenz soll diesem alttestamentlichen Jubeljahr „eine mehr geistliche Bedeutung gegeben [werden]. Sie besteht in einer umfassenden Vergebung und der Einladung, die Beziehung mit Gott und den Mitmenschen zu erneuern.“ Ich bin Papst Franziskus sehr dankbar für diese Erinnerung an das alttestamentliche Jubeljahr und möchte daher bei meinen Überlegungen ganz bewusst beim ursprünglichen Sinn des Jubeljahres bleiben.
- 2) Calwer Bibellexikon, Band 1, Stuttgart 2003, S. 668.
- 3) Süddeutsche Zeitung vom 23.1.2016, S. 49.
- 4) <https://de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient> [aufgerufen am 20.2.2016]
- 5) Der Spiegel rechnet sogar mit 78 Punkten: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-in-deutschland-ungleicher-verteilt-als-im-rest-der-eurozone-a-955701.html> [aufgerufen am 20.2.2016]
- 6) Süddeutsche Zeitung vom 27.01.2016, S. 15.
- 7) Süddeutsche Zeitung vom 28.1.2016, S. 4.
- 8) Süddeutsche Zeitung vom 28.1.2016, S. 4: „So schwer der Gedanke fällt: Die logische Folge aus diesem Trend wäre die Einführung einer Vermögensteuer – allerdings einer, die berechtigte Einwände der Vergangenheit aufgreift. Das gilt vor allem für den Vorwurf der Doppelbesteuerung ein und desselben Eigentums. Die Lösung lautet: Die Vermögensteuer müsste nicht zusätzlich zur, sondern anstelle der Einkommensteuer erhoben werden. Das klingt unfinanzierbar, ist es aber nicht. Selbst wenn man die Erbschaft- und die Kapitalertragssteuer konsequenterweise gleich mit abschaffte, reichte ein Steuersatz von drei Prozent auf das Gesamtvermögen von etwa neun Billionen Euro aus, um die staatlichen Einnahmeausfälle mehr als zu kompensieren.“ Süddeutsche Zeitung vom 26.12.2016, S. 4; „Die Marktwirtschaft produziert auch soziale Ungleichheiten, weil der Erfolgreiche ja etwas von seinem Erfolg haben will und haben soll. Das liegt in der Natur der Sache, das ist so in Ordnung. Nicht in Ordnung ist es aber, wenn sich die Vermögen immer mehr zusammenballen, wenn wenige fast alles und sehr viele fast nichts haben, wenn die obersten 10 Prozent der Haushalte fast 52 Prozent des Nettovermögens halten. So ist es in Deutschland – und das ist nicht gut. Die Ungleichheit, so hat es der Rechtsgelehrte Ernst-Wolfgang Böckenförde einmal formuliert, darf ein gewisses Maß nicht überschreiten, sonst geht sie über in Unfreiheit. Dieses Maß ist erreicht. Deutschland hat im internationalen Vergleich sehr niedrige Besteuerungsquoten in Bezug auf Vermögensbestände. Seit 1997 wird keine Vermögensteuer mehr erhoben; die Forderung nach Wiedereinführung wird mit dem Hinweis gekontert, dass das Verfassungsgericht sie 1995 verboten habe. Das ist falsch. Karlsruhe hat erklärt, dass die Steuer nicht als Substanz-, sondern nur als Sollertragssteuer ausgestaltet werden dürfe. Und auch dieses Urteil muss nicht ewig halten. Die Vermögen werden schließlich durch Staat und Rechtsordnung gesichert; das kann die besondere steuerliche Leistungsfähigkeit für große Vermögen begründen. „Eigentum verpflichtet“: Es ist Aufgabe des Gemeinwesens, diesem Verfassungssatz zu guter Geltung zu verhelfen.“ Süddeutsche Zeitung vom 26.12.2016, S. 1: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund forderte wegen der starken Konzentration von Privatvermögen in Deutschland, Kapitalerträge und Erbschaften höher zu besteuern. DGB-Chef Reiner Hoffmann sagte am Montag in Berlin, „es ist unfug“, dass Menschen für ihre Arbeit mit bis zu 42 Prozent des Einkommens besteuert würden, während auf Kapitaleinkommen lediglich 25 Prozent Steuern entfielen. Allerdings könne die wachsende Spaltung in Reiche und Arme nicht in Deutschland allein bekämpft werden, sagte Hoffmann. Durch unterschiedlich hohe Steuersätze in den Mitgliedsländern gehe in der Europäischen Union pro Jahr eine Billion Euro durch Steuerflucht verloren. Ein Großteil davon entfalle auf Deutschland.“